

*Albrecht von Lucke*

## **Autoritäre Liberale: AfD schlägt FDP**

Nein, mit diesen Liberalen wird das nichts mehr, die »Marke FDP« ist nicht mehr zu retten. So schlimm steht es um sie, dass die Thüringer FDP im letzten Wahlkampf »Wir sind dann mal weg« plakatierte – und es dann auch prompt war. Die Brandenburger Liberalen setzten noch einen drauf und hielten »Keine Sau braucht die FDP« für den geeigneten Wahlkampflogan. Und auch ihnen gaben die Wähler Recht.

Mehr Politsatire geht nicht. Die Konsequenz: Ende 2014 stehen für die Liberalen vier Pleiten zu Buche. Nach dem Europawahl-Desaster, bei dem sich die Partei mit 3,4 % nur minimal über die Drei-Prozent-Marke rettete, folgten drei verlorene Landtagswahlen. Prompt gingen die ersten von Bord: Im September gründeten sich die »Neuen Liberalen«, die das Selbstbestimmungsrecht des Menschen entdecken wollen, aber damit kaum über die Relevanzschwelle kommen dürften.

Auf eine andere, durchaus verblüffende Idee kam die stellvertretende FDP-Chefin Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Sie plädierte dafür, den Unglücksladen einfach umzubenennen, was prompt auf einige Zustimmung in den eigenen Reihen stieß. Doch nicht so bei Christian Lindner, dem letzten und wohl ewigen Hoffnungsträger der Liberalen: »Freie Demokratische Partei – es gibt keinen besseren Namen für das, was gegenwärtig fehlt in Deutschland«, polterte der Parteivorsitzende. Die FDP sei »keine Sache für Beckenrandschwimmer«, werde kantig und prinzipienfest bleiben und sich nicht dem Zeitgeist hingeben.

Gut gebrüllt, Löwe, möchte man sagen – wenn denn die Wahrheit nicht gerade im Gegenteil bestünde. Mehr als andere Strömungen in Deutschland war der parteipolitische Liberalismus stets dem Zeitgeist unterworfen. Historisch betrachtet hatte er

nur dann eine Chance, wenn er sich dem Zeitgeist hingab und diesen verkörperte – zumindest partiell, so dass es für die Regierungsbeteiligung reichte. Das war zu Zeiten der Weimarer Republik der Fall, als Gustav Stresemann sogar zeitweilig Reichskanzler war, aber vor allem der bedeutendste Außenminister wurde, weil er für eine starke nationalliberale Strömung im Lande stand. Und in den Anfängen der Bonner Republik war das nicht anders. Über zehn Jahre stand Theodor Heuss als der erste Bundespräsident einerseits für das Versagen so vieler Deutscher, hatte er doch 1933 dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, aber andererseits auch für den Wunsch nach bildungsbürgerlicher Läuterung.

Am Boden der FDP war es dagegen eher der rechtskonservative, nationalliberale Flügel um den schönen Ritterkreuzträger Erich Mende, der die Prozente einfuhr und schon damals über exzellente Verbindungen zum Kapital verfügte. Mit dem Wechsel im Parteivorsitz von Mende zu Walter Scheel 1968 bahnte sich dann – ganz im Geist der bewegten 60er Jahre – die linksliberale Wende an, die 1969 zum »Machtwechsel« und zur ersten sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt führte.

Die daraus hervorgehende urliberale FDP der Freiburger Thesen von 1971 war allerdings von Beginn an stets mehr Legende als Wirklichkeit. Stattdessen verkörperte vor allem der singende Bundespräsident Scheel mit »Hoch auf dem gelben Wagen« die seichten frühen 70er Jahre und eine immer leichtgewichtige FDP.

Ohnehin wurde mit dem Einüben in Koalitionswechsel, erst 1969 von der Union zur SPD und 1982 wieder retour, die Rolle der Funktionspartei zum eigentlichen Wesensmerkmal der FDP. Zum Inbegriff des stets an den Zeitgeist anpassungswilligen Strategen wurde ausgerechnet der heute

wohl beliebteste Liberale, nämlich Hans-Dietrich Genscher. Seine wendige Anschlussfähigkeit in alle Richtungen führte bekanntlich sogar zu einer eigenen Wortschöpfung, dem Genscherismus. Keiner brachte dies wohl treffender auf den Punkt als Helmut Kohl, nachzulesen in den soeben erschienenen »Protokollen« von Heribert Schwan und Tilman Jens. Dort heißt es, O-Ton Kohl, über Genscher: »Er schlich sich FDP-mäßig durch.«

Nach Genschers Abgang folgten, abgesehen von Otto Graf Lambsdorff, zahlreiche Blässlinge an der Parteispitze (von Martin Bangemann über Klaus Kinkel bis Wolfgang Gerhard), ein kurzes Liebäugeln mit dem Rechtspopulismus (Jürgen Möllemann) und schließlich der reine Krawall- und Neoliberalismus unter Guido Westerwelle – als ausdrücklicher Bruch mit dem Genscherismus. Denn während Genscher stets auf besondere Vagheit bedacht war, setzte Westerwelle auf ein scharfes wirtschaftsliberales Profil und verkörperte damit den neoliberalen Zeitgeist der sogenannten Nullerjahre.

Ihren einsamen Höhepunkt erlebte die FDP folglich als Protestpartei der Jahre 2005 bis 2009 – gegen die Große Koalition. Das Ergebnis ist bekannt: Mit seinem fulminanten Wahlsieg von 2009 (14,6 %) hatte Westerwelle den Zenit erreicht und sofort überschritten. Denn in die Zeit der großen Krisen (Finanzen, Schulden, Europa) wollte die schnöde Steuersenkungspartei einfach nicht mehr passen. Am Ende, im Herbst 2013, stand unter dem letzten Aufgebot namens Philipp Rösler und Rainer Brüderle der Absturz auf 4,8 % und damit der erstmalige Auszug aus dem Bundestag. Heute, ein Jahr und vier verlorene Wahlen später, erscheint die FDP völlig aus der Zeit gefallen. Der von Lindner zeitweilig präferierte Sozialliberalismus hat längst seine Heimat bei SPD und Grünen gefunden. Und der letzte Rest an Links- und Bürgerrechtsliberalismus, der nicht ebenfalls bereits mit der »Wende« von 1982 zur SPD abgewandert

ist, engagiert sich heute bei den Grünen.

Allerdings ist in diesem Jahr auch klar geworden, wonach sich große Teile der Gesellschaft in diesem Lande offenbar sehnen – nämlich nach einem neuen national-autoritären Liberalismus. Den allerdings hat heute längst eine andere Partei im Angebot: die »Alternative für Deutschland«. Ihr Aufstieg vollzog sich parallel zum Abstieg der FDP. Hatte man bei der Bundestagswahl 2013 noch Kopf an Kopf gelegen (FDP: 4,8; AfD: 4,7), wurde die FDP in allen vier Wahlen dieses Jahres förmlich deklassiert. Schon bei der Europawahl erzielte die AfD mit 7,1 % gut den doppelten Stimmenanteil der FDP. Und während die Liberalen bei allen drei Wahlen im Osten (Sachsen, Thüringen, Brandenburg) förmlich pulverisiert wurden, landete die AfD überall bei um die 10 %.

Ganz offensichtlich verkörpert also die Professoren-Partei AfD heute weit eher jenen »wut-bürgerlichen« Zeitgeist, der der FDP abhanden gekommen

ist. Und dieser Zeitgeist ist *Der neue law-and-order-Liberalismus* offenbar ziemlich rechts. Vor allem im Osten des Landes punktete die AfD

mit einem autoritären law-and-order-Liberalismus. Der Kampf gegen Kriminalität an den Grenzen zu Polen harmonierte dabei prächtig mit der Agitation gegen kriminelle Einwanderer.

Dieser national-autoritäre Liberalismus, der vor allem die rigide Einhaltung von Recht und Gesetz verspricht, sorgte für Zufluss aus allen Lagern, von ganz rechts bis ganz links. Zudem ist er außerordentlich anschlussfähig auch an den Neoliberalismus. Denn auch unter dessen Fahne versammelten sich bereits ziemlich autoritäre Tendenzen. Man denke nur an Westerwelles Diktum von der »spätromischen Dekadenz« der Hartz IV-Empfänger. Diese Polemik gegen die angeblich grassierende Hängematten-Mentalität war durchaus in Richtungen anschlussfähig, an die man nicht sofort denkt. Wie heißt noch einer der

bekanntesten Sätze August Bebels: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.« Insofern verbirgt sich hinter den autoritären Parolen der AfD ein immenses Wählerpotenzial.

Der FDP dagegen scheinen sämtliche Auswege verbaut: Der Nationalliberalismus hat seine Wiedergeburt im Anti-Euro-Liberalismus der AfD erfahren. Und wer den neoliberalen Besitzstands-Liberalismus der Etablierten, genauer: deren Besitzstands-Egoismus sucht, wählt heute nicht Christian Lindner, sondern Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel. Selbst der harte Rechtspopulismus vom Schlage eines Mölleemann hat heute teilweise in der AfD ein Zuhause gefunden, nämlich in dessen rechtskonservativem bis rechtsnationalen Flügel um Alexander Gauland und Beatrix von Storch.

Bleibe der FDP also am Ende nur der schnöde Genscherismus, der stets vor allem eine Devise kannte: Hauptsache, wir regieren mit. Die FDP als Funktionspartei, als das alte Zünglein an der Waage. Doch als solche verfügt sie in diesen neuen, unübersichtlichen Zeiten, da sich auch die Grünen mehr und mehr in Richtung Union bewegen, schon lange über kein Alleinstellungsmerkmal mehr.

Es bleibt also offensichtlich kein Platz für diese FDP im aktuellen Parteienspektrum. Sie hat nur eine letzte, aber durchaus nicht völlig irrealen Chance, dass nämlich die AfD sich bis 2017 selbst zerlegt. Momentan weisen durchaus gewisse Anzeichen in diese Richtung. Vize-Parteichef Henkel lieferte sich bereits einen Showdown mit seinen »Parteifeinden«. Er beschwerte sich im SPIEGEL und in der ZEIT über »Unvernünftige, Unanständige und Intolerante« in den Reihen der AfD, die mit der Politik Wladimir Putins sympathisierten.

Zudem bevölkerten »Ideologen, Goldgräber, Karrieristen« die Partei.

Darauf legte ihm Alexander Gauland, ebenfalls stellvertretender Parteivorsitzender, in der FAZ den Parteiaustritt nahe: »Herr Henkel muss sich fragen, ob er noch zur AfD gehören will, denn er will im Grunde genommen eine liberale Partei. [...] Und das wird mit der AfD nicht gehen.« Hier könnte es zum Bruch kommen. Die Fraktion um Gauland möchte offenbar eine völlig andere, national-konservativ-patriotische und eben gerade nicht liberale Partei. Dabei bestand das Erfolgsrezept der AfD bisher gerade in der Verbindung von Neoliberalismus und Nationalkonservatismus. Sollte sich an diesem Punkt die Partei spalten – zu Lasten der Wirtschaftsliberalen um Lucke und Henkel –, könnte daraus doch noch eine letzte Chance für die FDP resultieren, mit ihrer Tradition als »Hort der ökonomischen Vernunft«.

Viel, wenn nicht alles dürfte dabei vom Ausgang der Landtagswahlen 2017 in Nordrhein-Westfalen abhängen, dem Heimatland Christian Lindners. Nur mit einem überragenden Comeback, nach den absehbaren Wahlniederlagen der nächsten Jahre, hätte die FDP bei den folgenden Bundestagswahlen eine Chance. Ansonsten gilt auch für die Liberalen die alte Regel: »They never come back.« Raus ist raus, seit Gründung der Bundesrepublik. Mit zwei Ausnahmen: Die geschlagene PDS von 2002 kam 2005 als Linkspartei wieder. Und den Grünen gelang nach dem WahlgAU von 1990 vier Jahre später der Wiedereinzug ins höchste deutsche Parlament. Allerdings hatten sie dort mit den Abgeordneten von Bündnis 90 immerhin auch 1990 noch einen Platzhalter. Und eines wollten die Liberalen ja bekanntlich nie: werden wie die Grünen.



#### **Albrecht von Lucke**

ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Bei Wagenbach erschien zuletzt: *Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin.*

[albrecht.vonlucke@blaetter.de](mailto:albrecht.vonlucke@blaetter.de)